

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel von 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 3. December.

Die Nichtbewilligung einer Volksversammlung in Wien, um für die Sache der Elbeherzogthümer die Sympathien der Hauptstadt Oesterreichs auszusprechen, ist nicht gerade günstig beurtheilt worden. Die „G. C.“ sieht sich daher veranlaßt, die Gründe für die Nichtbewilligung darzulegen und sagt unter Anderem, eine Bewilligung hätte den bestehenden Gesetzen gegenüber ein unliebsames Präjudiz geschaffen. Dann fährt sie fort: „Fragen wir uns aber, ob durch die Nichtgestattung der zu obigem Zwecke beabsichtigten Volksversammlung der Sache, die durch selbe gefördert werden sollte, irgend ein Nachtheil erwächst. Es gilt, Deutschland zu beweisen, daß die Hauptstadt der österreichischen Monarchie lebhafteste Sympathien begehrt für die Sache der deutschen Brüder. Wer wollte jedoch in Abrede stellen, daß die Sympathie sich in unwiderleglicher Weise manifestirte in der Menge von Artikeln, welche tagtäglich die Spalten unserer gelesesten Blätter füllen.“

Hat die periodische Presse die Aufgabe, das Organ der öffentlichen Meinung zu sein, so möge sie diese Aufgabe fortan erfüllen, sie möge fortfahren, ihre Gründe in's Feld zu führen gegen die Vergewaltigung, unter welcher deutsche Stammesgenossen leiden, und sie möge überzeugt sein, daß diese ihre Meinungsäußerung nicht unbeachtet bleibt, daß In- und Ausland die Begeisterung mitfühlen, welche dem Publicisten die Feder führt bei dem Aussprechen seiner Gedanken und seiner Gefühle. Doch gehen wir weiter. Haben wir nicht eine verfassungsmäßige Körperschaft, welche, soweit das Staatsgrundgesetz hiezu den Boden bietet, berufen ist, der öffentlichen Meinung im constitutionellen Wege Ausdruck zu geben und trägt eine solche Körperschaft nicht weit eher die Elemente in sich, die Klärung der Anschauungen und die richtige Auffassung der Gesamtinteressen des Staates zu ermöglichen, als eine bunt zusammengewürfelte Menge ohne Mandat, deren Meinungsäußerung ohne weitere rechtliche Konsequenzen lediglich die Manifestation als letzten Endzweck hätte?“

Die Hauptargumentation der „G. C.“ geht dahin, daß in Wien gemischte Nationalitäten wohnen, und daß, wenn man den Angehörigen einer Nationalität eine Volksversammlung gestatte, man den anderen Nationalitäten dasselbe Recht angedeihen lassen müsse. Dann schließt die „G. C.“ mit den folgenden Worten:

„Fassen wir aber Oesterreich als deutsche Macht, als Mitglied des deutschen Bundes, ins Auge, so sind wir fest überzeugt, sie werde diese ihre Stellung fortan sorgsam wahren und Schritten energisch entgegen treten, welche auf Kränkung deutscher Ehre und auf Schwächung deutschen Bundesgebietes abzielen.“

England und der Congress.

Die diplomatische Correspondenz, welche zwischen dem englischen und dem französischen Cabinet in der Congressfrage geführt wurde, ist mit erstaunlicher Schnelligkeit durch die „London Gazette“ der Öffentlichkeit übergeben worden. Offenbar will England durch diese rasche Verlautbarung auf die öffentliche Meinung wirken, sagt die „Presse“, und wir glauben, daß Jeder, der die Depesche Lord John Russell's aufmerksam liest, für den englischen Standpunkt unbedingt gewonnen ist. Die ganze Correspondenz besteht aus fünf Nummern: aus dem bekannten Einladungs schreiben des Kaisers der Franzosen an die Königin Victoria; aus der Antwort der Königin, welche eine Entscheidung vorbehält, da sie erst die Meinung ihrer Minister hören will; aus einer Depesche Carl Rus-

sell's an Lord Cowley ddo. 12. November, worin dieser beauftragt wird, Drouyn de Lhuys zu fragen, was er denn eigentlich mit dem Congress beabsichtige. In dieser Depesche spricht Lord John Russell vor Allem die Ueberzeugung der englischen Regierung aus, „daß die Hauptbestimmungen des Vertrages von 1815 in voller Kraft bestehen, daß die größere Zahl dieser Bestimmungen in keiner Weise gestört worden ist, und daß das europäische Gleichgewicht auf diesen Grundlagen ruht.“ Hieran knüpft der englische Minister eine Reihe von sehr wichtigen Fragen, welche direct gegen die napoleonische Phrase von den Verträgen von 1815 gerichtet sind, deren Aufheben proclamirt wurde. Nicht aufgehört haben diese Verträge, sondern bloß einzelne Theile derselben sind modificirt, mißachtet, bedroht worden. Will man diesen Veränderungen eine allgemeinere und feierlichere Sanction geben? Ist ein solches Beginnen notwendig? Wird es zum Frieden Europa's beitragen? Andere Theile des Wiener Vertrages sind unberührt gelassen oder beseitigt, und die solchergehalt des facto eingetretenen Veränderungen nicht als de jure bestehend von allen Mächten Europa's anerkannt worden. Will man von Mächten, welche sich dieser Anerkennung bisher nicht angeschlossen haben, eine Sanction dieser Veränderungen erlangen? Wie sind die Vorschläge beschaffen, welche der Kaiser Napoleon in dieser Hinsicht machen will? Was würde ihre Richtung sein? Und vor Allem, lassen sie sich, wenn sie von einer Mehrheit der Mächte genehmigt werden, mit Waffengewalt zur Geltung bringen? Als die Souveräne und Minister von Oesterreich, Frankreich, Preußen, Rußland und Großbritannien Anno 1823 in Verona wegen der Angelegenheiten Spaniens zusammenkamen, da führten die ersten vier jener Mächte ihre Beschlüsse, dem Protekte Großbritannien's zum Trost, mit Gewalt der Waffen aus. Soll auf dem jetzigen Congress, im Fall daß nicht alle Mitglieder übereinstimmen, dieß Beispiel befolgt werden? Ueber alle diese Punkte verlangt das Cabinet von Saint James Antwort. England sei bereit, jede einzelne schwebende Frage auf dem Wege der diplomatischen Correspondenz mit Frankreich und anderen Mächten zu erörtern, aber ein Congress von Souveränen und Ministern, der, ohne feste Zielpunkte im Auge zu haben, über die Karte Europa's hinschweifen und Hoffnungen und Wünsche erregen würde, die er selbst außer Stande sein könnte, zu befriedigen oder zur Ruhe zu bringen, vermöge England nicht das geringste Vertrauen einzuschöpfen.

Auf die englische Frage sagt Drouyn de Lhuys in einer Depesche unterm 23. November: „Als der jüngste der Souveräne glaubt der Kaiser nicht das Recht zu haben, durch Aufstellung eines Programms für den vorgeschlagenen Congress die Rolle eines Schiedsrichters in Anspruch zu nehmen. Dieß der Grund der Reserve, welche er sich selbst auferlegt hat. Ein besärgenswerther Conflict drängt Polen mit Blut: soll man ihn fortwährend lassen? Ein Conflict besteht zwischen Dänemark und Deutschland: sollen die Cabinete gleichgiltig bleiben? Soll die Anarchie an der Donau fortdauern? Sollen Oesterreich und Italien ewig in feindlicher Haltung verharren? Soll sich die Besetzung Roms in's Unbestimmte verlängern? Sollen die europäischen Staaten ihre gegenfeitigen Bewaffnungen fortsetzen? Dieß die Hauptfragen, welche die Mächte zu prüfen hätten. Lord Russell kann nicht erwarten, daß wir ihm die Lösung dieser Probleme geben. Es wäre eine Täuschung, diese Lösung auf dem Wege diplomatischer Correspondenz suchen zu wollen. Nur ein Congress könnte eine dauernde Pacification herbeiführen.“

Die Replik Lord Russell's, vom 25. November datirt, discutirt die positiven Angaben des französischen Ministers Punkt für Punkt mit einer Offenheit, Schärfe

und Entschiedenheit, welche von den vagen, von stillen Vorbehalten wimmelnden, den Eindruck der mangelnden Aufrichtigkeit, ja Verlegenheit machenden Phrasen der französischen Note wohlthuend abhebt. Auf der einen Seite List, Verschlagenheit, Heuchelei, das Ganze im Gewande einer bescheidenen Realpolitik auftretend, auf der andern Seite Geradheit der Auffassung und schonungsloser Realismus.

Carl Russell schreibt unter Anderm: Eine Frage liegt nach der Ansicht der britischen Regierung dieser ganzen Angelegenheit zu Grunde, und das ist folgende: Ist es wahrscheinlich, daß ein allgemeiner Congress europäischer Staaten zu einer friedlichen Beilegung der verschiedenen Streitigkeiten führen wird? Nach dem Kriege, der Deutschland von Anno 1618 bis Anno 1648 verheerte, und nach den Kriegen, die den Continent Europa's von 1793 bis 1815 verwüsteten, da war es wohl möglich, durch einen Congress Lande zu vertheilen und Rechte zu umgrenzen, weil die Nationen Europa's des Gemegels müde und durch die Kriegslasten erschöpft waren, und weil die zusammenstretenden Mächte in Folge der Zeitumstände die Mittel in Händen hatten, ihre Entscheidungen in Kraft zu setzen. Aber in diesem Augenblick, nachdem der Frieden so lange gedauert hat, ist keine Macht gewillt, irgend ein Stück Gebiet, auf das sie ein vertragmäßiges Recht oder einen Anspruch durch factischen Besitz hat, aufzugeben.

Was Polen betrifft, so ist es den Mächten nach langwierigen freundlichen Vorstellungen nur gelungen, das oft wiederholte Versprechen zu erhalten, daß nach Unterdrückung des Aufstandes Milde und Barmherzigkeit walten solle. Wäre es von irgend einem Vortheil, im Namen eines Congresses so wirkungslos gebliebene Vorstellungen zu wiederholen? Ist es wahrscheinlich, daß Rußland im stolzen Gefühl seiner Kraft gewähren wird, was es in den ersten Tagen der Entmuthigung versagte? Würde es auf das bloße Ersuchen eines Congresses ein unabhängiges Polen herstellen? Wenn aber nicht, so bleibt Europa nur die Aussicht auf eine Demüthigung oder einen Krieg gegen Rußland, und jene Mächte, die nicht bereit sind, sich den Kosten und Wagnissen des Krieges auszusetzen, dürfen wohl den Wunsch hegen, die Alternative zu vermeiden. — Gehen wir zur italienischen Frage über. Hier zeigen sich neue Schwierigkeiten. Soll erstens der jetzige Besitzstand in Italien durch einen neuen Vertrag sanctionirt werden? Der Papst und die mit den verdrängten Fürsten verwandten Souveräne könnten einerseits dagegen sein, dem König von Italien einen Rechtstitel zu gewähren, den sie ihm bisher verweigert haben, und andererseits wäre wohl der König von Italien gegen eine Bestätigung, die ihm, wenigstens durch Voransetzung, die Erwerbung Roms und Venedigs verbieten würde. Aber ist etwa die Absicht vorhanden, Oesterreich auf dem Congress zum Verzicht auf Venedig aufzufordern? Ihrer Majestät Regierung hat erfahren, daß Oesterreich die Beschickung ablehnen würde, wenn eine solche Absicht im Voraus angekündigt wäre, und daß der österreichische Gesandte die Versammlung verlassen würde, wenn man die Frage ohne vorherige Ankündigung auf's Tapet brächte. Also auch in diesem Falle würde der Congress bald die Alternative der Ohnmacht oder des Krieges vor Augen haben.

Ist es aber möglich, einen Congress zu versammeln und einen Vertreter Italiens zu demselben einzuladen, ohne den Stand Venedigs zu besprechen? Der Kaiser der Franzosen wäre der Erste, der die Unmöglichkeit eines solchen Verfahrens erkennen und einräumen würde. Was Deutschland und Dänemark betrifft, so ist es wahr, daß verschiedene europäische Mächte sich für die Frage interessiert haben, aber die Zuziehung Spaniens, Portugals, Italiens und der Türkei würde die Aussicht auf eine befriedigende Lösung

kaum erhöhen. Und wenn in Bezug auf Polen und Italien kein gutes Resultat erzieltbar scheint, ist es zweckdienlich, einen Congress aller europäischen Staaten zusammenzurufen, um für die Anarchie der Moldau-Walachen ein Heilmittel zu finden? — Sollten alle diese Fragen durch bloßen Meinungsdruck zur Entscheidung kommen, so würden vielleicht die Ansichten der britischen Regierung in den meisten Punkten nicht wesentlich von denen des Kaisers der Franzosen abweichen. Aber da ein bloßes Aussprechen von Meinungen und Wünschen kein bestimmtes Ergebnis haben würde, so erscheint es als gewiß, daß die Verhandlungen bloß aus der Aufstellung und Bekämpfung von Forderungen und Prätexten bestehen würden, und bei dem Mangel an einer obersten Autorität in solcher Versammlung würden viele Mächte am Schluß, auf viel schlechterem Fuß zu einander scheiden, als sie sich begegnet waren. Aber, wenn dieß das wahrscheinliche Resultat wäre, so folgt, daß keine Reduction stehender Heere und Flotten durch den vorgeschlagenen Congress bewirkt werden dürfte. — Da es ihr daher nicht möglich wird, die Wahrscheinlichkeit jener wohlthätigen Folgen zu erkennen, die sich der Kaiser der Franzosen, als er den Congress in Vorschlag brachte, versprochen hat, fühlt Ihrer Majestät Regierung, ihren eigenen starken Ueberzeugungen folgend, nach reiflicher Ueberlegung sich außer Stande, die Einladung Sr. kaiserlichen Majestät anzunehmen.

50. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 1. December.

(Schluß.)

Es wird nun zum Berichte, betreffend das Justizministerium, geschritten.

Berichterstatter Tschabuschnigg. Die Ausschüßanträge gehen dahin: „Das hohe Haus wolle beschließen: 1. Die Conceptsbearbeiter der Gerichte, rüchlich der Staatsanwaltschaften, welche eine definitive oder provisorisch systemisirte Landesgerichtsraths-, Kreisgerichtsraths-, Bezirksrichters- oder Prätor-, Secretärs-, oder Secretärsadjuncten-, Adjuncten- oder Actuarstelle bekleiden, sollen in der vorliegenden Finanzperiode vom 1. Nov. 1863 angefangen eine Gehaltszulage jährlich von je 150 fl. öst. W. erhalten. Zu diesem Endzwecke wurden für die 14monatliche Periode 313.425 fl. mit der Widmung bewilligt, daß dieser Betrag nur zu dem angegebenen Zwecke verwendet werden dürfe.“

Abg. Skene (dagegen.) Die finanzielle Lage gestattet nicht, daß den gerechten Ansprüchen der Staatsdiener nachgekommen werde. Warum solle man also gerade den Richterstand begünstigen?

Dr. Berger (für den Ausschüßantrag.) Eine ordentliche, würdige, die Garantie einer unabhängigen Rechtspflege sichernde Stelle der Justizbeamten ist ein Anliegen, auf welches das Volk ein wohlbegründetes Recht hat. Der Ausschüßantrag sei zu bewilligen in Form eines Rechtes, nicht in Form einer Gnade. (Bravo, Bravo!)

Finanzminister v. Plener. Er spreche im Auftrage des Finanzministeriums. Er (Redner) glaube, wenn man sich auf den Standpunkt der Ansprüche des Volkes stelle, sei es eben so gerechtfertigt, wenn man sagt, daß das Volk Anspruch darauf habe, daß auch die Geschäfte der politischen Verwaltung, der Steuer- und Finanzverwaltung von unparteiischen, unbefangenen und geeigneten Organen vollzogen werden. (Bravo, Bravo!) Die Noth im Beamtenstande sei allgemein. Die bloße Abhilfe für einen Zweig könne nur eine deprimirende und nachtheilige Wirkung äußern, und er finde es daher für weit zweckmäßiger, wenn erklärt würde, die Lage des Beamtenstandes sei eine solche, daß selbst noch vor der eintretenden Wirksamkeit der Organisation ihr abgeholfen werden müsse. Jetzt könnte dieß nur geschehen, wenn der gegenwärtig so sehr beschränkte Hilfsfond für alle Zweige des öffentlichen Dienstes angemessen erhöht würde. Was den vorliegenden Antrag betreffe, habe er im Namen der Regierung die Bemerkung dem Hause aus Herz zu legen, daß man den Standpunkt festhalten müsse, daß es doch nicht angehe, bei der Budgetberatung eine Frage zu behandeln, deren verfassungsmäßige Feststellung eigentlich erst durch ein besonderes organisatorisches Gesetz zu erfolgen hätte. Die Zulagen, die jetzt votirt werden sollen, sind in der That, wenn sie auch als Gehaltszulagen aufgeführt werden, doch eine Aufbesserung des Bezuges und Zuwendung eines höhern Gehalts.

Das Gerichtsorganisations-Gesetz werde der geeignete Anlaß sein, das Loos der Beamten in angemessener Weise zu verbessern, bis dahin würde der Weg der Gewährung von Ausbilden der unter den gegebenen Verhältnissen einzig fördernde sein.

Abg. Oskra (für den Ausschüßantrag) schildert in warmen Worten die Lage des österreichischen Richterstandes und schließt: Ein Warten auf die Gerichtsorganisation sei ein Vertagen des Gegenstandes

ad calendae graecas und schließt mit den Worten: „Haben wir so manchmal die Form der Sache hinten gestellt, so mögen wir im Interesse des Richterstandes und der Bevölkerung heute von der correcteren Form abgehen und die vom Finanzausschusse beantragte Aufbesserung der Gehalte bewilligen.“

Abg. Herbst spricht über den sogenannten Hilfsfond, welchen der Finanzminister als Ausbilden mittel angedeutet hat. Die Rücksicht auf die unabhängige Stellung des Beamten hat den Ausschüß bewogen, seinen Antrag zu stellen, und nun werde, um diesen Zweck zu erreichen, eine Form gewählt, welche geeignet ist, die Beamten noch weit abhängiger zu machen, als sie seit jeher waren. (Rufe sehr gut.) Er wolle eine andere Seite an der Sache hervorheben. Wir haben ein öffentliches, politisches Leben und auch der Beamte ist berufen, daran theilzunehmen, und gerade darum ist es unangemessen, daß der Mittel mehr noch gegeben werden, welche wenigstens den Verdacht erwecken, daß der Beamte abhängig und unelbstständig sei. (Rufe sehr gut.) Denke man sich, daß der Beamte einem mißliebigen Candidaten seine Stimme gegeben hat, so werde man wohl voraussetzen, daß sein Anspruch auf Unterstützung auch ebenso begründet sei, als der seines Collegen, der in dieser Beziehung sich stets correct gehalten habe? (Heiterkeit.) Wird er aber ebenso sicher eine Unterstützung erhalten? Man denke sich, die Bevölkerung irgend einer Stadt habe irgend einem Abgeordneten eine Ovation dargebracht, und ein Beamter hat sich dieser Ovation angeschlossen. Wenn nun dieser Beamte dafür einen Verweis erhalten (Heiterkeit), — (Oskra: das ist factisch), würde man es für möglich halten, daß er bei einer solchen Gnadenbeilegung besondere Berücksichtigung finden werde? Eine Institution ist unzweckmäßig, die einen solchen unabhängigen Beamtenstand nicht aufkommen lasse. Schon aus diesem Grunde allein sei er gegen den Ausschüßantrag. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Aicheneigg ist gleichfalls für die bessere Bezahlung des Richterstandes, dessen Befoldungen nicht einmal nothdürftig seien. Die Befoldung eines Kreisgerichtsrathes ist 1200 fl. Erwäge man eine mäßige Familie von 3 Kindern, Diensthofen und Gattin (andauernde Heiterkeit), so kommen auf sie vertheilt je 200 fl. Er empfehle den Ausschüßantrag, ebenso.

Abg. Demel vom Standpunkte der Autonomie.

Abg. Skene ergreift nochmals das Wort, um gegen den Ausschüßantrag zu sprechen. Die ganze Frage sei nichts als eine Steuererhöhung. Wenn gesagt wurde, die Bevölkerung begehre es als ein Recht, daß dem Richterstande eine Erhöhung gewährt werde, so sage er, die Bevölkerung begehrt es als ein Recht, daß man sie nicht überbürde.

Abg. Dr. Kaiser spricht gleichfalls für den Ausschüßantrag. Was den Hilfsfond betreffe, so habe er (Redner) von allen richterlichen Beamten, die er in dieser Richtung befragt, die Ansicht ausgesprochen hören, daß sie lieber gar keine Aufbesserung wünschten, als eine derartige, wo es bloß Gnade ist, wo sie betteln müssen. (Sehr gut.) Es wird nun Schluß der Debatte beantragt und angenommen.

Justizminister Hein. Einer der letzten Herren Redner habe sich für den Ausschüßantrag deshalb entschieden, weil er meint, es werde dem Justizminister gelingen, in der nächsten Zeit schon die Wirksamkeit der Gerichte auf ein solches Maß zurückzuführen, daß die Gehalte sehr vieler Justizbeamten in Ersparrung kommen können, und die übrigen Gehalte ebenmäßig erhöht werden könnten, ohne daß dadurch die Finanzen belastet würden. Er würde sehr glücklich sein, wenn er dieser Anschauung schon in der nächsten Session Rechnung tragen könnte; aber bei dem besten Willen werde dieß nicht möglich sein, weil nämlich dazu die Mitwirkung der legislativen Körperschaften des Reiches in Anspruch zu nehmen ist und, wie die Erfahrung zeigt, das Fortschreiten der Legislation auf diese Weise sich auf ziemlich lange Zeit vertheile, und nothwendig vertheilen müsse, was vielleicht auch von Wichtigkeit und von gutem Erfolge für die Lösung der Aufgaben ist. Zweitens aber auch deswegen, weil, wenn man auch heute in der Lage wäre, diese Vereinbarung der Geschäfte der Justizbeamten eintreten zu lassen, man doch damit nicht sämtliche Justizbeamte auf eine solche Minderzahl reduciren könnte, da eben diese Justizbeamten systemmäßig versorgt werden und die Auslagen durch viele Jahre dieselben bleiben werden wie heute. Ueber den Justizminister seien heute wieder mehrere Vorwürfe ausgegossen worden; man habe gefunden, daß so wenige und schwache Anläufe für die Justizorganisation gemacht würden, er habe bereits in der letzten Sitzung erwiedert, daß er in dieser Beziehung nicht ganz unabhängig sei? (Oskra: Ist denn der Staatsminister nicht da?) Er theile übrigens rüchlich dieser Anläufe und der schnellen Expedition der Arbeiten das Schicksal des h. Hauses selbst (Bewegung), das in seiner Initiative vollständig unabhängig ist, und das doch bisher nicht einmal dazu gelangte, durch seinen

Ausschüß die Concursordnung, die er eingebracht habe, für die Plenarberatung vorzubereiten (Unruhe), daselbe Haus, welches seit zwei Jahren aus seiner Initiative an einem Vereinsgesetze arbeitet und doch noch kaum damit begonnen hat. (Bewegung und Sensation.) Es seien gegen den Hilfsfond harte Worte gefallen. So schlimm sei es nicht, es bestehen bestimmte Regeln für die Gewährung von Ausbilden, und die Umstände, aus welchen eine solche Ausbilde begehrt werden könne, seien genau festzustellen und von dem Bewerber zu beweisen. Ein anderer Abgeordneter habe für gut befunden, den Hilfsfond abzulehnen, weil er die Abhängigkeit der Justizbeamten vermehre, und habe sich beklagt, daß es einzelnen Justizbeamten sogar verwehrt worden oder übel genommen worden sei, wenn sie einem Abgeordneten ihre Achtung bezeugt haben. Der Fall liege ziemlich anders. Es sei nur verübelt worden, daß gleichsam ein ganzer Gerichtshof einem Abgeordneten solche Dankbezeugungen und Aufwartungen mache (Rufe: Hört! Hört!), und wenn der Herr Abgeordnete es für nothwendig findet, die Hilfsfond abzulehnen, damit die Beamten und Gerichtshöfe nicht von der Regierung abhängig werden, so werde er ihm auch eben so recht geben, daß die Regierung eifersüchtig darüber wache, daß die Gerichtshöfe nicht abhängig werden von den einzelnen Abgeordneten. (Rufe: Oho! Oho! und Unruhe.)

Daß die Frage solche Dimensionen angenommen habe, liege in den Vorgängen im Hause selbst; es sei nun Jahresfrist, daß das Haus selbst die kleinsten weitergehenden Anträge, als jene des damaligen Ausschusses für eine Zulage von 100 fl. für die Gerichtsadjuncten, durchaus abgelehnt habe. Die Ursache dieser Ablehnung sei damals selbst von dem Berichterstatter dahin gekennzeichnet worden, daß er sagte: Die 58.000 fl. für die Gerichtsadjuncten werden aus den Ersparnissen der Justizadministration zu bewilligen sein. Es konnte also sehr wenig Aufforderung für das Ministerium darin liegen, heute so weit gehende Anträge, wie sie der Ausschüß vorschlägt, einzubringen, denn Ersparungen im Justizetat kann das Ministerium nicht proponiren, im Gegentheil, es dürfte der im vorigen Jahre für das Justizministerium präliminirte Etat um beinahe 280.000 fl. nothwendig überschritten werden. Es könne nicht seine Aufgabe sein, dagegen zu sprechen, daß das Loos der Justizbeamten verbessert werde, aber übereinstimmend mit den Aeußerungen des Herrn Finanzministers müsse er erklären, daß ein Specialgesetz hätte eingebracht werden sollen. Der Ausschüß motivire die Zulage als den eigentlichen Lohn für die Arbeit der Justizbeamten; wenn diese 150 fl. wirklich der Lohn für die Arbeit sind, so können diese nicht auf ein Jahr allein gegeben werden, sondern es liege darin eine Systemisirung von Gehalten, und diese erfordere ein Gesetz, welches wenigstens so lange dauern muß, bis die Organisation vollzogen ist. Durch die Einbringung eines solchen Gesetzes, dem die Regierung gewiß nicht entgegengetreten wäre, würde auch der Uebelstand vermieden worden sein, daß das Haus in eine Stellung gerathe, welche es eigentlich als solches nie einnehmen sollte, das Haus erscheine derzeit als der Fordernde und versehe die Regierung in die Lage, zu dieser Forderung bewilligend oder nicht bewilligend sich zu verhalten; das umgekehrte Verhältniß sei aber das richtige, die Regierung habe zu fordern und das Haus habe zu gewähren. Wenn diese Gesamtdotation für solche Zulagen durch ein Gesetz festgestellt worden wäre, so hätte das andere Haus den aus dem Gesetze nothwendigen Consequenzen seine Zustimmung ertheilt. Wie aber, wenn das Haus auch eine solche Mehrauslage vorlegt, ohne daß sie eigentlich in einem bestehenden Gesetze begründet ist, und das andere Haus dem entgegentritt? Er spreche als Justizminister, habe gegen die Aufbesserung nichts einzuwenden und sei mit dem jetzigen Ausschüßantrage gewiß mehr einverstanden als mit dem früheren, weil seinem Begehren Rechnung getragen wurde. Demungeachtet müsse er aber dabei bleiben, was auch das Gesamtministerium beschloffen hat, daß es das Entsprechendste wäre, eine ergiebige Vermehrung der Hilfsfond eintreten zu lassen.

Minister Caffer macht einige rein sachliche Bemerkungen. Nach den Anträgen des Finanzausschusses werden allerdings die Justizbeamten mehr bekommen, als nach jener Position auf sie entfallen würde; alle anderen Dienstesbranchen, und auch die Manipulationsbeamten des Justizdienstes, werden mit dem Ausdruck des Mitleides auf Geduld verwiesen. Nach der Anschauung der Regierung hätte sie aber gewünscht, die Mittel zu bekommen, um ohne Unterschied der Diensteszweige, allen Würdigen oder Dürftigen mit einem kleinen Betrage unter die Arme greifen zu können. Das Streben der Regierung, den Beamten überhaupt und nicht bloß dem Justiz-Conceptsbearbeitern helfen zu wollen, lasse sich von diesem Standpunkte aus gewiß doch auch rechtfertigen.

Dr. Berger. Der Herr Justizminister wird sich wohl erinnern, daß bereits mehrere Wochen der

diesjährigen Session verstrichen waren, bevor er den Entwurf der Concursordnung von Seite der h. Regierung in das Haus brachte. (Bravo! Bravo!) Se. Excellenz wird sich weiter erinnern, daß während der vierwöchentlichen Pause des Reichsrathes, welche deshalb eintreten mußte, weil von Seite der Regierung gar keine Vorlage in das Haus gebracht wurde (Bravo! Bravo!), daß während dieser Pause mitten in der größten Sommerhitze gerade der Ausschuss für die Concursordnung es war, welcher an der Vorlage mit allem Eifer arbeitete, und daß oft stundenlange Debatten über einen einzigen Paragraphen gegenüber dem Vertreter der Regierung geführt werden mußten. (Bravo!) Se. Excellenz wird sich weiter erinnern, daß die zweimalige Lesung des Entwurfes der Concursordnung in der Regierungsvorlage längst vollendet war; das Haus wird sich erinnern, daß am 20. October die Sieb-bürger in das Haus eingetreten, und daß seit dieser Zeit gewiß nicht die geringste Mühe dem Hause geschenkt war, um als engerer Reichsrath an die Beratung der Concursordnung zu gehen. Endlich wurde in der gestrigen Sitzung angekündigt, daß Donnerstag eine Ausschusssitzung für die Concursordnung zur Lesung des Ausschussberichtes gehalten werden wird. (Beifall.) Es hat sonach dieser Ausschuss seine Pflicht auf das Gewissenhafteste erfüllt.

Dr. Giskra um den Vereinsauschuss zu reorganisieren. Die erste Lesung sei schon mehr als vor Wochen im Ausschusse erfolgt; es wurden die Minister eingeladen, an der Beratung theilzunehmen. Einer Sitzung haben wirklich vier Minister beigewohnt, die späteren Versuche, weitere Zusammentretungen zu Wege zu bringen, scheiterten an der Ueberbürdung der Minister mit anderen Geschäften. In der ersten Sitzung ist von Seite sämtlicher Minister, vielleicht weniger von Seite des Verwaltungsministers, eine entschiedene Abneigung hervorgetreten, das Vereinsgesetz überhaupt gegenwärtig in Wirksamkeit treten zu lassen. (Bravo.)

Nachdem noch der Berichterstatter den Ausschussantrag vertheidigte, wird zur Abstimmung geschritten, und wird der erste Ausschussantrag mit Majorität (69 gegen 47) angenommen. Der zweite Antrag, lautend: „Jeder Adjunct der gemischten Bezirksämter, welcher mit der selbstständigen Führung des Richteramtes betraut ist, soll in der vorliegenden Finanzperiode, vom 4. November 1863 angefangen, statt der bisherigen Zulage von 210 fl. eine jährliche Zulage von 300 fl. erhalten. Die übrigen Conceptsbeamten der gemischten Bezirksämter, welche ausschließlich oder theilweise das Richteramt ausüben, sollen in derselben Finanzperiode mit entsprechenden Zulagen gleichmäßig theilhaft werden. Zu diesem Zwecke werden für die vierzehnmönatliche Periode 143.500 fl. mit der Widmung bewilligt, daß dieser Betrag nur zu dem angegebenen Zwecke verwendet werden darf. Wird ohne Debatte angenommen.“

Ueber Antrag Skene's wird die Sitzung um 2 1/2 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung morgen.
Tagesordnung Fortsetzung der heutigen, Kriegs-, marine und Handelsmarine.

Oesterreich.

Wien. Ihre Majestät die Kaiserin Carolina Augusta haben dem Frauenvereine zu Meran in Tirol zur Gründung einer Anstalt für Heranbildung armer und verwahrloster Mädchen zu tauglichen Dienstboten einen Beitrag von Tausend Gulden allergnädigst zu spenden geruht.

Krafsau, 2. December. Gestern fand die Schlussverhandlung gegen den früheren preussischen Abgeordneten v. Bentkowski hier statt. Derselbe wurde nach § 66, St.-G.-B. schuldig erklärt und zu einmonatlichem Kerker verurtheilt.

Ausland.

München, 30. November (Nachts). Nicht der Instructionsmangel des k. bairischen Bundestagsgesandten Freiherrn v. d. Pfordten veranlaßte den Bundesausschuss in der sonnenabendlichen Bundestagsitzung, vielmehr erregte die Fassung eines Decisionsantrages desselben einen unerwarteten Anstand. Freiherr v. d. Pfordten wurde wiederholt zur Erzielung einer Beschleunigung angewiesen.

Frankfurt, 28. November. Viel Aufsehen erregt eine gestern und heute in dem russischen Hofe stattgefundene Versammlung von den Häuptern der nachstehenden fürstlichen und gräflichen, ehemals reichsunmittelbaren, und seit 1806 mediatisirten Häuser, als: der Fürsten von Fürstenberg, Hohenlohe-Langenburg, Hohenlohe-Schillingsfürst, Hohenlohe-Waldenburg, der Grafen von Schönborn, Pappenheim, Ortenburg und Solms-Laubach. Als Zweck der Versammlung wird angegeben, die Verathung gemein-

samer Schritte in Bezug auf die Reformation; namentlich will man alle geseglichen Mittel aufbieten, um in dem Bundesrathe Sitz und Stimme zu erhalten. Ueber die Beschlüsse der Versammlung wird das tiefste Geheimniß beobachtet; nur das ist als sicher anzunehmen, daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit nicht Gegenstand der Tagesordnung gewesen.

Weimar, 27. November. In der heutigen Gemeinderathssitzung ist der Antrag des Gemeindevorstands: „eine gemeinschaftliche Commission der Gemeindebehörden einzusetzen, welche die Aufgabe hat, die Angelegenheit der Herzogthümer durch Anträge an die Staatsregierung, durch Verbindung mit andern Städten Deutschlands, durch Sammlungen außerordentlicher Beiträge, durch Bildung oder Unterstützung von Freiwilligenhaaren oder in sonstiger Weise zu fördern, und der weitere Antrag: dieser Commission für den Fall des Bedürfnisses zur Erreichung des vorgestellten Ziels ein Creditvotum bis zu 10 000 Thalern zu eröffnen“, zum Beschluß erhoben worden.

Aus **Kopenhagen** treffen noch nachträglich eine Menge Nachrichten ein, welche die lieblichen Zustände dort auf das Erbaulichste schildern. So berichtet z. B. das neue Hamburger Blatt die „Nessel“ Folgendes: „Die schleswig-holsteinischen Truppen sind schwierig und über die erfahrene Mißhandlung empört. Es bedarf nur eines Funken, um eine Explosion herbeizuführen. Die Proclamation des Herzogs, das Verhalten Deutschlands, die Versammlungen in Hamburg und die eingeworfenen Fenster im k. Schlosse sind Facta, die schwer in die Waagschale fallen. Christian IX. weigerte sich lange die Incorporation Schleswigs zu unterzeichnen, die fremden Gesandten bestürmten ihn, dem Gesez seine Zustimmung zu verweigern, aber der Pöbel warf die Fenster ein, und Blumke sagte dem König: Unterzeichnen oder abdanken. „Meine Truppen sind zuverlässig“, entgegnete der König, „ich stelle mich unter ihren Schutz.“ „Die Truppen sind zuverlässig“, antwortete Blumke, „aber die Officiere halten es mit dem Volk. Sobald Ew. Majestät sich den Truppen anvertrauen, theilen sie das Schicksal Ludwigs XVI. und Ihre Soldaten das seiner Schweizer.“ Wie weit diese Berichte auf Wahrheit beruhen, können wir natürlich nicht wissen, die Dinge liegen aber so, daß für deren Wahrscheinlichkeit wenigstens Alles spricht.

Tagesbericht.

Laibach, 4. December.

Das Programm zu dem heute Abend stattfindenden zweiten Concerte der philharmonischen Gesellschaft enthält folgende Nummern: 1) Overture zu „Jesonda“, von Spohr; 2) Phantasie-Variationen für die Flöte, von Briccialdi, vorgetragen von Herrn Sackel; 3) Zwei Lieder für Sopran, gesungen von Fräulein Overni; 4) Sonate (F-moll) von Beethoven, für Pianoforte; 5) Symphonie in C-moll von Beethoven.

Anfangs nächster Woche findet ein von dem als Sängerin bestens bekannten Fräulein Overni (Hudoverni) und Herrn Julius Heller aus Triest, Schüler Helmersberger's in Wien, einem sehr tüchtigen Geigenpieler, veranstaltetes Concert im Redoutensaal statt, worauf wir die Musikfreunde im Voraus aufmerksam machen.

Die Leiche des kürzlich während der Transportirung von der Jakobsbrücke in die Laibach gesprungenen Oberlaibacher Steueramtsdieners J. L. wurde vor einigen Tagen in der hiesigen Umgebung von der Laibach ausgeworfen.

Wien, 2. December.

Die k. k. Polizei-Direktion hat den Sprecher-Stellvertreter des ersten Wiener Turnvereins in Kenntniß gesetzt, daß eine General-Versammlung oder General-Zusammenkunft dieses Vereins zu anderen als in den §§. 1 und 15 seines Grundgesetzes ausgesprochenen Zwecken nicht gestattet wird. Die auf Sonntag anberaumt gewesene Versammlung, auf deren Tagesordnung eine Besprechung über Schleswig-Holstein stand, muß demnach unterbleiben.

Bei der Verlosung der 1839er Lose wurden folgende Serien gezogen: Ser. Nr. 3399, 4440, 5340, 2553, 4150, 3633, 1610, 5630, 5585, 3681, 5131, 5604, 1997, 750, 490, 5365, 4849, 1674, 2910, 1210, 1802, 4008, 1933, 823, 193, 5327, 1497, 1930, 3215, 5815, 1016, 2191, 597, 2608, 2366, 4324, 3339, 5720, 5755, 2412, 1714, 2717, 2754, 5037, 1133, 4244, 5732, 4447, 1320, 1274, 3319, 4950, 2704, 1399, 5678, 1957, 377, 84, 2740, 1056, 618, 4023, 5910, 4984, 4781, 808, 1477, 4785, 735, 2068, 2676, 3428, 1769, 2064, 5375, 2548, 4816, 333, 2000, 3771, 3345, 5848, 122, 1759, 3705, 2080, 1100, 1264, 318, 4260,

555, 845, 5355, 3943, 3201, 277, 3758, 3030, 3132, 5891, 5253, 5448, 3372, 2486, 372, 1724, 3716, 576, 4660, 2624.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Telegramm der „Laibacher Zeitung.“

Wien, 4. December. Im schleswig-holsteinischen Ausschusse des Bundestages bestehen Preußen und Oesterreich auf Execution, die Uebrigen auf Occupation.

Im Abgeordnetenhaus des Reichsraths stellt Giskra bezüglich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit einen mit der Motion der Abgeordnetenversammlung gleichlautenden Antrag. Viele Redner sind eingeschrieben. — Die Reichsraths-Session soll am 19. December geschlossen, die Landtage am 24. Jänner eröffnet werden.

Pinz, 2. December. Eine für heute Abend anberaumte Bürgerversammlung in Sachen Schleswig-Holsteins ist nach von Wien eingelangter Weisung untersagt worden.

Prag, 2. December. 413 deutsche Studenten beschlossen heute die Absendung einer Adresse nach Kiel, worin sie für das gute Recht Schleswig-Holsteins brüderlich eintreten zu wollen erklären. Morgen wird ein Aufruf zur Sammlung von Beiträgen für die Bewohner der Elbe-Herzogthümer erscheinen, der von 17 Professoren, Doctoren und Fabrikanten unterzeichnet ist.

Frankfurt a. M., 2. December. (Abends.) Der gesetzgebende Körper beschloß soeben den Senat zu ersuchen, den Bundestagsgesandten zu der Erklärung zu instruiren: Die freie Stadt Frankfurt ist bereit, ihr Contingent zur Wahrung der Rechte des legitimen Herzogs von Schleswig, Friedrich VIII., zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 2. December. Abgeordnetenhaus. Der Birchow-Stavenhagen'sche Antrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 63 Stimmen angenommen, nachdem die beiden anderen Anträge, jeder mit 268 gegen 37 Stimmen, (die Polen enthielten sich der Abstimmung) verworfen worden waren.

Karlsruhe, 2. December. Heute fand die Eröffnung des Landtages statt. Bezüglich der Herzogthümer Schleswig-Holstein sprach der Großherzog Folgendes:

„Inmitten des Ringens nach größerer Einheit erhebt der Nation durch den Rathschluß der Vorlesung eine ernste Aufgabe. Ein edler Bruderstamm im Norden, lange geprüft und bewährt in vielen Leiden, ist durch das Recht eines zweifellosen Erbanges sich selbst und seinem großen Vaterlande zurückgegeben. Eine einseitig festgesetzte Erbfolgeordnung, welche weder das Recht der Stände, noch die Nationalität beachtet, droht ihn auf's Neue dem Vaterlande des gemeinsamen Vaterlandes zu entfremden. Meine Regierung hat nicht gezögert, zu thun, was das gute Recht fordert, und sie wird auch fernerhin, getragen von der erhebenden Einmüthigkeit aller Parteien, mit Muth und Entschlossenheit die heiligen aber ernsten Pflichten erfüllen, welche dem deutschen Volke dort erwachsen sind. Ich weiß, daß die Sache Schleswig-Holsteins in Ihren Herzen mächtigen Wiederhall findet, und daß für deutsches Recht und deutsche Ehre selbst die Uebernahme der schwersten Opfer Ihre freudige Zustimmung erhält.“

Gotha, 2. December. Die „Gotha'sche Zig.“ enthält ein Schreiben Sammers an Hall, worin gefordert wird, daß die dänischen Truppen das Gebiet von Schleswig-Holstein räumen und die in Dänemark befindlichen schleswig-holsteinischen Truppen nach den Herzogthümern zurückkehren. Sollte die dänische Regierung nicht innerhalb 14 Tagen ihre Bereitwilligkeit erklären, so würde der Herzog die zur Aufrechterhaltung seiner legitimen Regierungsrechte nöthigen Maßregeln ergreifen. Das Schreiben übergab Herr v. Mohl an Baron Dittkink, es wurde von diesem uneröffnet zurückgesendet.

Hamburg, 2. December. Das Gerücht vom Zurücktritt des Ministeriums Hall in Kopenhagen und seine Ersetzung durch ein deutschgesinntes verdient keinen Glauben.

Hamburg, 2. December. Im Herzogthum Schleswig ist nunmehr amtlich im Namen des Königs Christian IX. das Verfassungs-gesetz vom 18. Nov. promulgirt worden.

Kiel, 2. December. Nach den verschiedenen befestigten Punkten Schleswigs werden ununterbrochen, Tag und Nacht, bedeutende Transporte von Kriegsmaterial dirigirt; die angeordneten Arbeiten werden mit großer Energie betrieben, und an den Befestigungswerken sogar bei Tagelicht gearbeitet.

von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, mit dem Bemerken hiemit angeordnet, daß diese Fahrnisse bei der 1. Feilbietung nur um oder über den Schätzungswert, bei der 2. Feilbietung auch unter demselben gegen gleich bare Bezahlung hintangegeben werden.
 Laibach am 3. Dezember 1863.
Dr. Bart. Suppanz,
 f. f. Notar als Gerichtskommissär.

für Herren, Damen und Kinder in bester Qualität.